

Sozialpoliti- sche Zeiten- wende

Die SPD/Grüne/FDP-Bundesregierung will Deutschland kriegstüchtig machen. Und weil dafür viel Geld beschafft werden muss, führt kein Weg an Sozialkürzungen vorbei. Ein „mehrjähriges Einfrieren und Kürzen bei Sozialausgaben“ sei nötig, um mehr in die Aufrüstung investieren zu können, erklärte der FDP-Finanzminister Christian Lindner Anfang März bei „Maybrit Illner“. Clemens Fuest, Präsident Ifo-Instituts und ebenfalls Gast der ZDF-Sendung, fügte zustimmend hinzu: „Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.“ Der Sozialstaat werde noch nicht abgeschafft, „aber er wird kleiner“, so Fuest. Auch die dritte in der Runde, die Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang, sagte, Deutschland müsse mehr Geld in die Hand nehmen, um Europa bei der Verteidigung unabhängiger von den USA zu machen.

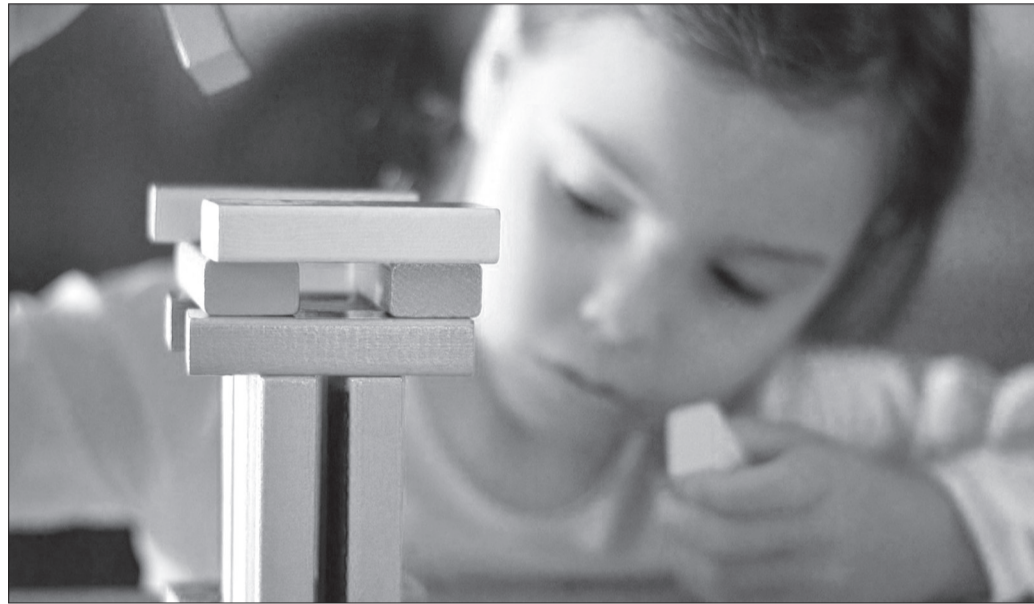
Auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz hat Bundeskanzler Olaf Scholz dann angedeutet, dass Kürzungen bei Renten und Sozialausgaben nötig sein könnten, um die Verteidigungsausgaben langfristig zu erhöhen. „Deutschland investiert dieses Jahr und auch in den kommenden Jahren zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung“, so Scholz. Er fügte hinzu: „Mein Ziel ist es, dass wir nach dem Auslaufen des „Sondervermögens“ die Ausgaben für die Bundeswehr aus dem allgemeinen Haushalt finanzieren.“ Nach Berechnungen des Politik-Magazins *DER SPIEGEL* würde das im Jahr 2028 Ausgaben von 107,8 Milliarden Euro bedeuten. Zum Vergleich: Der aktuelle Verteidigungsetat des Bundes beträgt 51,9 Milliarden Euro. Um diese Ausgaben zu decken, müsste also an anderer Stelle gekürzt werden – an welcher, haben die Vertreter der Bundesregierung nun bekanntgegeben.

AWO-Kindergarten „Sternenhimmel“:

Renovierung ja – Erweiterung nein!

Mit den Stimmen der BALL hat der Sozialausschuss der Stadt am 25. April 2024 zwei weitreichende Beschlüsse gefasst. Die Renovierung der Kita „Sternenhimmel“ der AWO am Heederbrook soll nun endlich in Angriff genommen werden. Gleichzeitig hat der Ausschuss aber den Beschluss zum Anbau der Kita, mit dem diese erweitert werden sollte, rückgängig gemacht. Über die Hintergründe dieses Beschlusses gibt es zahlreiche Informationen; wie so häufig gespickt mit Spekulationen und Halbwahrheiten.

Ich war fünf Jahre lang Vorsitzender des Sozialausschusses (2018–2023). In dieser Zeit hatte sich meine BALL-Fraktion für die Erweiterung der AWO-Kita stark gemacht. Nach zahlreichen Beratungen bezüglich der Machbarkeit wurde diese Maßnahme im Februar 2021 vom Grundsatzher und im Juni 2021 hinsichtlich der Finanzierung beschlossen. Mit den Baumaßnahmen für den Anbau sollte gleichzeitig auch die dringend notwendige Renovierung durchgeführt werden. Die Kostenschätzung lag



bei insgesamt ca. 2,3 Mio Euro. Bis zum August 2023 sollte alles fertig sein. Bis dahin sollten zwei Krippengruppen übergangsweise in der Gebrüderstraße untergebracht werden – was auch passierte.

Die AWO hatte vorgeschlagen, die Finanzierung des Bauvorhabens zu regeln und die Gelder dann der Stadt über Teilzahlungen in Rechnung zu stellen. Ein Vertrag darüber sollte geschlossen werden.

Ein erster Vertragsentwurf lag

im Herbst 2021 vor. Diesen haben alle Fraktionen im Sozialausschuss am 9. Nov. 2021 abgelehnt. In den folgenden Monaten und mittlerweile Jahren gab es diverse Gespräche zwischen Vertretern der Stadt und der AWO, in die ich als Ausschussvorsitzender mit eingebunden war. Im Ausschuss selbst war das gesamte Vorhaben allein während meiner Zeit als Vorsitzender mehr als zehnmal auf der Tagesordnung.

Da bei Vertragsangelegenheiten immer auch der Daten-

schutz eine Rolle spielt, wurde meistens im nichtöffentlichen Teil diskutiert. Daher würde ich mich strafbar machen, wenn ich über konkrete Inhalte aus den verschiedenen Vertragsentwürfen, den Diskussionen oder Stellungnahmen der Kommunalverwaltung des Kreises hier berichten würde. Ich kann aber versichern, dass sowohl von politischer Seite – also den Fraktionen – wie auch von der Verwaltung, das Thema nie leichtfertig behandelt worden ist. Ins-

besondere gilt mein Dank dabei Henning Gülck vom Sozialamt und dem Finanzchef Wolfgang Maier. Beide haben viele Stunden damit verbracht, die Vorstellungen zu realisieren.

Heute, fünf Jahre nach den ersten Überlegungen und drei Jahre nach dem Beschluss, hat sich viel verändert. Die Situation auf den Wartelisten der Kitas ist entspannter und die Baukosten sind exorbitant gestiegen. Das sind die entscheidenden Gründe für den Beschluss des Sozialausschusses vom 25. April diesen Jahres. Letztlich hat sich auch gezeigt, dass es schwierig ist, bei einem so großen Projekt, Einvernehmen aller Beteiligten zu erzielen.

Klar ist, dass unsere wachsende Stadt über kurz oder lang eine weitere Kita benötigen wird. Die BALL tritt dafür ein, dass dann die Stadt das Grundstück bereit stellt und den Bau realisiert. Damit wären von vornherein die Eigentumsverhältnisse geklärt. Ein Träger erhält dann den Zuschlag, die Kita zu betreiben. Dieses Modell wird bereits bei der Kita „Lütte Lüüd“ an der Dusterlohe erfolgreich umgesetzt.



Klaus Kuberzig

Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS)

Die EU schottet sich immer weiter ab

Am 10. April erfolgte im EU-Parlament auf Druck der deutschen Bundesregierung die Zustimmung zum „Gemeinsamen Europäischen Asylsystem“ (GEAS). Dies ist ein historischer Tiefpunkt für den Flüchtlingsschutz in Europa. Jetzt wird das umgesetzt, was z.B. die AFD seit Jahren gefordert hat.

Kinder in Haft, Asylschnellverfahren an den Außengrenzen, Abschiebungen in Länder ohne Schutz für Flüchtlinge, immer mehr menschenrechtswidrige Abkommen mit Regierungen, wie zuletzt mit dem Libanon und davor mit Ägypten, Tunesien und der Türkei, die die Flüchtlinge an der Weiterfahrt in die EU aufhalten sollen.

„Die EU schottet sich immer weiter ab: Zu den schon bestehenden hohen Grenz-Zäunen, -Mauern, Einsatz von Überwachungstechniken und Pushbacks



(gewaltsamen Rückführungen) im Mittelmeer kommen nun noch mehr Inhaftierung und Isolierung suchender Menschen an den Außengrenzen dazu“, so Pro Asyl, ein Verein für den Schutz und die Rechte von asylsuchenden Menschen in Europa.

Über die GEAS wurde seit Jah-

ren diskutiert. Zusammen mit deutschen und internationalen Organisationen hat Pro Asyl gegen die Aushöhlung des europäischen Flüchtlingsschutzes protestiert. Vor der Abstimmung im EU-Parlament appellierten 161 europäische Organisationen vergebens gegen eine Zustim-

mung zur Verschärfung.

Die neuen Verordnungen treten jetzt vor der Europawahl in Kraft, kommen aber 24 Monate später erst zur Anwendung.

„Die GEAS-Reform ist unmenschlich und missachtet das Leid und die Rechte der Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Verfolgung fliehen. Pro Asyl wird zusammen mit Partnerorganisationen in ganz Europa weiter gegen die Isolations- und Abschottungsstrategie der EU kämpfen“, sagt die rechtspolitische Sprecherin von Pro Asyl.

Zu den massiven Verschlechterungen der GEAS-Reform gehören standardisierte Überprüfungen, Asylverfahren an den Außengrenzen unter Haftbedingungen und extrem niedrige Standards für sogenannte sichere Drittstaaten außerhalb Europas, in die die Schutzsuchenden abgeschoben werden können.

Das bedeutet: Ein großer Teil der Flüchtlinge wird in Zukunft kein reguläres Asylverfahren in einem EU-Land durchlaufen, sondern es wird nur noch ein beschleunigtes Verfahren an den EU-Außengrenzen geben, in dessen Verlauf sie als „nicht eingereist“ gelten – in Lagern abgeschottet von der Außenwelt ohne die Chance auf Beratung oder rechtliche Unterstützung. Auch Kinder müssen in diesen haftähnlichen Bedingungen ausharren, sogar eine Inhaftnahme von Kindern während des Grenzverfahrens ist nicht ausgeschlossen.

In die sogenannten sicheren Drittstaaten können Schutzsuchende, die nach Europa geflohen sind, abgeschoben werden, ohne dass ihre tatsächlichen Fluchtgründe zuvor geprüft wurden – einfach, weil in einer Vereinbarung zwischen der EU und dem Drittstaat festgelegt wurde, dass zumindest Teile des Landes „sicher“ sind. Die Genfer Flüchtlingskonvention zum Beispiel muss dort nicht gelten.